

O f f e n e r B r i e f

der Ortspolitiker von Bürgerliste und CDU aus der Dörfergemeinschaft Gillrath/Hatterath zur Erweiterung des Gewerbegebietes Püttstraße (Bebauungsplan 118)

Frau Bürgermeisterin
Daniela Ritzerfeld

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

wir wenden uns heute zur Frage der Erweiterung des Gewerbegebietes Niederheid in Richtung Hatterath und Gillrath an Sie.

Dabei lassen wir uns von folgenden Grundüberlegungen leiten:

- Eine verantwortungsvolle Kommunalpolitik muss Ökonomie und Ökologie gleichermaßen beachten.
- Außerdem gilt es den Wunsch vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger nach wohnortnahen Arbeitsplätzen und dem verständlichen Bestreben nach einer weitgehend unversehrten Umwelt in Einklang miteinander zu bringen.
- Wir selbst haben uns immer für ein Mehr an Arbeitsplätzen in unserer Stadt eingesetzt. Daher sind wir durchaus wohlwollend, wenn es um die Entstehung neuer Gewerbegebiete in unserer Stadt geht.

Verantwortungsvolle Kommunalpolitik setzt aber auch Offenheit voraus. In diesem Zusammenhang war es wenig hilfreich, dass der von der Stadtverwaltung vorgelegte Flächennutzungsplan nur den Begriff "Gewerbegebiet" benutzt, obwohl ausdrücklich auch Industrieflächen ausgewiesen sind. Dadurch ist in Teilen der Bevölkerung der Eindruck entstanden, es solle etwas vertuscht werden. Dieser Eindruck ist fatal und wird noch dadurch verschlimmert, dass die Wegeplanung für das neue Gewerbe- und Industriegebiet so angelegt ist, dass eine Erweiterung in beide Richtungen der B221 möglich sein wird.

Dies wird noch bestärkt durch die Aussage des 2. Beigeordneten, Stephan Scholz, der in der Geilenkirchener Zeitung vom 28. Mai 2021 erklärte: „Tatsächlich möchten wir aber bewusst auch Industriebetriebe ansprechen, für deren Ansiedlung es im gesamten Geilenkirchener Stadtgebiet keine Alternative gäbe, ...“. Diese Aussage,

auch in dieser Klarheit, hat auch uns überrascht. Da es sich um eine Erweiterung eines bestehenden Gewerbegebietes handelt, sind wir immer davon ausgegangen, dass die Voraussetzung im Erweiterungsgebiet die gleichen sind wie im bestehenden Gebiet. Wäre diese Aussage bereits innerhalb der Beratung im Rat und seiner Ausschüsse erfolgt, hätten wir als Ortspolitiker schon dem Vorentwurf nicht zugestimmt.

Die im Rahmen der ersten Beratungen im Rat und seiner Ausschüsse vorgeschlagenen Maßnahmen (z. B. Wall mit Schallschutzmauer) wären bei den vorgelegten Planungen für ein Gewerbe- und Industriegebiet nicht zu realisieren. Diese Forderungen sind Ihnen auch schriftlich übermittelt worden.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass Sie die vorgelegte Planung von Ihrem Vorgänger übernommen haben. Nach unserer Auffassung kann die entstandene Unsicherheit nur durch eine komplette Neuplanung – unter Einbeziehung der bekannten Einwände der Bewohnerinnen und Bewohner – beendet werden.

Abschließend möchten wir noch einmal betonen, dass wir einem Industriegebiet auf keinen Fall zustimmen werden.

Wir sind sicher, dass wir, gemeinsam mit Ihnen, eine Lösung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger erarbeiten können!

Mit freundlichen Grüßen

Helmut Gerads
(Ratsmitglied und Ortsvorsteher)

Peter Krückels
(Ratsmitglied)

Markus Schiffers

Norwin Sommerfeld

Dr. Armin Leon